

Die Wahl ist vorbei – jetzt gilt es zu handeln!

Die Bundestagswahlen hatten nach Ansicht der bürgerlichen Presse kein eindeutiges Ergebnis. Die Wirklichkeit sieht allerdings anders aus: Geht mensch nach den neoliberalen Programmen der vier Parteien, die das Rennen um die Regierungsbeteiligung und die damit verbundenen Fleischtöpfe unter sich ausmachen, so bekommen wir eine Ahnung davon, was die nächsten vier Jahre auf die Bevölkerung der Bundesrepublik zukommen wird.

Grundsätzliche Unterschiede gibt es zwischen ihnen nicht. Zwar ist die FDP immer noch marktradikaler als der Rest, aber insgesamt gesehen handelt es sich beim neuen Bundestag um eine größtmögliche Koalition in Sachen neoliberaler Deregulierung.

>>> Weiterer sozialer Kahlschlag geplant

Der Sozialabbau wird weitergehen: Um dies vorauszusagen, genügt es, den noch amtierenden Wirtschaftsminister Clement zu zitieren, der laut Zeitungsbericht vom 20. September in einer Rede im *Deutschen Museum* in München anlässlich des Jubiläums eines großen Wirtschaftsmagazins in Anwesenheit der Fürstin von Thurn und Taxis und des Bertelsmann-Magnaten Mohn verlautbarte: „Zunächst müssten die Ergebnisse des Jobgipfels umgesetzt werden, im Kern ein Paket von Steuererleichterungen für Unternehmen. Darüber hinaus müsse es eine weitergehende Unternehmenssteuerreform geben. Drittens müssten die sozialen Sicherungssysteme erneuert werden, unter anderem sei mehr Wettbewerb im Gesundheitssystem nötig. Der Staat investiere zuviel in *Themen der Vergangenheit*, nämlich Rente und Arbeitslosigkeit, und zu wenig in die Zukunft. Schließlich müsste auch die Föderalismusreform wieder auf den Tisch.“

Deutlicher hätte es auch Frau Merkel nicht sagen können, und die FDP hätte höchstens noch einen draufgesetzt. Die Grünen wiederum haben in den letzten sieben Jahren bewiesen, dass sie im Tausch für Dosenpfand und (eventuell!) etwas kürzere AKW-Laufzeiten in Sachen Sozialabbau jede Schweinerei mitzumachen bereit sind oder sogar selbst vorantreiben.

>>> Umverteilung von unten nach oben

Die Umverteilung von unten nach oben wird demzufolge beschleunigt werden: Mit dem, was Herr Clement in seiner eben zitierten Rede zur Steuerpolitik anmerkte, ist genau dies ausgedrückt. Die Heraufsetzung der Lebensarbeitszeit in der einen oder anderen Form, was letztendlich nichts anderes bedeutet als weitere einschneidende Rentenkürzungen, die zunehmende Privatisierung und Deregulierung des Gesundheitssystems, die Weiterführung bzw. der Ausbau des Ein-Euro-Jobs genannten Sklavenarbeitersystems und schließlich eine Einkommenssteuerreform, die die hohen Einkommen entlastet – alle diese Punkte sind innerhalb der neoliberalen Parteiengroßkoalition prinzipiell unumstritten. Es geht nur darum, ob es ein bisschen mehr oder ein bisschen weniger sein darf, ob es ein bisschen schneller oder langsamer gehen, ob mit dem Gummiknüppel oder mit der Eisenstange zugeschlagen werden soll. Und dazu sollen noch die Kompetenzen der Länder beschnitten werden („Föderalismusreform“), damit bei diesen Vorhaben nicht etwa die besonders betroffenen neuen Bundesländer querschießen können.

>>> Kriegspolitik nach außen

In der Kriegspolitik ist mensch sich ebenfalls einig. Weder der Afghanistan-, noch der Jugoslawieneinsatz werden in Frage gestellt, geschweige denn die Stationierung von Truppen in

Zentralasien. Die nationale wie die europäische Kriegspolitik mit Aufbau von weltweit einsetzbaren Truppenverbänden und entsprechendem Umbau der Bundeswehr ist seit langem Konsens. In der Frage des Irakkrieges wurde der ach so friedliebenden Schröderregierung kürzlich vom Bundesverwaltungsgericht bescheinigt, dass die logistische Unterstützung dieses Krieges, an dem mensch angeblich nicht teilnimmt, schlicht verfassungswidrig ist – Konsequenzen: natürlich keine. Auch über das Thema des Bundeswehreinsetzes im Inneren wird man sich im Zweifelsfall sehr schnell einig werden.

>>> Große Koalition besteht bereits

Diese inhaltliche Allparteienkoalition ist allerdings nichts Neues. Bereits in den letzten Jahren wurden die wesentlichen Bundestagsbeschlüsse in Sachen Sozialabbau und Deregulierung, ob nun Hartz IV, ob Gesundheitsreform, zusammen mit der Opposition verabschiedet, auch wenn das eine oder andere der FDP noch nicht weit genug ging. Und bei der Abstimmung über die Europaverfassung, sprich Militärpolitik und europäische Deregulierung, kannte der Bundestag dieses Jahr in bedenklicher Tradition keine Parteien mehr.

Es bleibt festzustellen: Bei der Wahl wurden 41 Millionen Stimmen für Parteien abgegeben, die einen neoliberalen Kurs vertreten und verfolgen. Aber es gab über vier Millionen Stimmen, die klar gegen den neoliberalen Kurs gerichtet waren – 4 Millionen für die Linke/PDS. Das bietet die Möglichkeit, mit antikapitalistischen Optionen, die sich gegen



den herrschenden neoliberalen Einheitsbrei richten, auch außerhalb des Parlamentes in der Gesellschaft wieder stärker Gehör zu finden. Die Tatsache, dass diese Stimmen hauptsächlich von ArbeiterInnen und Arbeitslosen kamen, zeigt zudem, dass sich langsam ein Bewusstsein dafür zu bilden beginnt, wer bei der ungehemmten Durchsetzung des ganz gewöhnlichen Kapitalismus die Zeche zu zahlen hat.

>>> APO-Aktivitäten gegen Sozialkahlschlag

Aber der Einzug einer anti-neoliberalen Linkspartei in den Bundestag kann die von der zukünftigen Regierung zu erwartenden weiteren Grausamkeiten nicht verhindern. Dazu bedarf es aktiven Widerstandes außerhalb des Parlamentes. Vertreter der Linkspartei erklärten nach der Wahl, jetzt gehe es darum, gegen die neoliberale Offensive den außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Der APO-Kongress am 19./20. November wird zeigen, was die parlamentarische und außerparlamentarische Linke gemeinsam an Aktionen auf die Beine stellen kann. Gegen den Sozialkahlschlag gilt es nicht nur, die 4 Mio. WählerInnen der Linkspartei zu mobilisieren, sondern auch die WählerInnen anzusprechen, die mit der SPD-Wahl den Schutz ihrer sozialen Standards verknüpfen.

Denn parlamentarisch sitzen die Abgeordneten der Linkspartei auf verlorenem Posten. Nur eine breite Widerstandsbewegung unter den Arbeitslosen, in den Betrieben und den Gewerkschaften kann das Bewusstsein dafür schaffen, dass es möglich ist, dem herrschenden Kartell die Stirn zu bieten – ein Bewusstsein dafür, dass das Problem in der grundlegenden Verfasstheit des kapitalistischen Wirtschaftssystems liegt. Die Wahlen haben gezeigt, dass die Basis für eine solche Bewegung wächst. Es gilt nun in der kommenden Periode, die vorhandene Wut, die sich in der Stimmabgabe ausdrückte, in Aktionen umzusetzen. Die Forderungen, für die wir uns nach den Wahlen einsetzen, sind die gleichen für die wir vorher eingetreten sind:

- Eine der dringlichsten Aufgaben ist es heute, der Lohnsenkungs-offensive von Kabinett und Kapital entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen. Dies fängt an bei praktischen Aktionen gegen 1-Euro Jobs und geht bis zur Entfaltung einer breiten Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro in der Stunde und mindestens 1500 Euro im Monat.
- Den Massenentlassungen muss mit breiten Solidaritätsaktionen begegnet werden. Dafür engagieren wir uns in den Gewerkschaften. Aber auch unabhängig von dem Willen und den Beschlusslagen ihrer Vorstände kommt es darauf an, praktische Solidarität zu organisieren. Wir fordern ein Verbot von Entlassungen! Betriebe, die Gewinne machen und Entlassungen vornehmen, müssen enteignet werden!
- Das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich

und unter definierten Arbeitsbedingungen. Wir wollen die Verteilung der Arbeit auf alle Hände ohne Einkommensverlust. Zu zahlen ist dies aus den Unternehmensgewinnen und wenn sie das nicht können, müssen diese Betriebe enteignet und unter gesellschaftlicher Kontrolle weitergeführt werden.

- Zur Klärung der Zahlungsmöglichkeiten der KapitaleignerInnen ist eine Offenlegung der Geschäftsbücher das beste Mittel. Das ist unsre Antwort auf das Drangsalieren von Erwerbslosen und Bedürftigen. Weg mit allen Zumutbarkeitsregelungen!
- Wir fordern gleiche politische und soziale Rechte sowie gleichen Lohn für alle, ob Männer oder Frauen, ob Deutsche oder AusländerInnen.



RSB

Revolutionär Sozialistischer Bund/IV.Internationale



Mit einem Probeabao der Avanti, bekommst Du mehr als nur ein bisschen Kapitalismuskritik.



Die marxistische Monatszeitung

Jetzt kostenloses Probeabo anfordern!

3 Ausgaben. Keine automatische Verlängerung.

www.rsb4.de/abo

avanti@rsb4.de

Landzungenstr. 8, 68159 Mannheim

Was ist los im Betrieb, in der Gewerkschaft und auf der Straße? Berichte dazu, Analysen und noch mehr liest Du in der Avanti! Im Zentrum der Avanti steht die weltweite Abwehr gegen die Angriffe des Kapitals und seiner Regierungen.

Wer wir sind:

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

Ich möchte:

- └ das Infopaket des RSB bestellen.
- └ den RSB in meiner Nähe kennenlernen.
- └ mich an Aktivitäten des RSB beteiligen.
- └ die monatliche Zeitung des RSB beziehen.

Name _____

Adresse _____

eMail _____

Bitte ausschneiden und senden an:

RSB Bundesbüro, Landzungenstr. 8,

68159 Mannheim

oder elektronisch:

buero@rsb4.de, www.rsb4.de